



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/156 - 8.7.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Vorschau auf Washington	S. 1
Der Kongress der französischen Sozialisten	S. 3
Der Pferdefuss der Bundesgrenzlandhilfe	S. 5
Zur wirtschaftlichen Lage in der Sowjetzone	S. 7

Churchill fehlt in Washington

(sp) Die Politik der drei Westmächte, der USA, Englands und Frankreichs bietet seit Monaten ein bestürzendes Bild von Unsicherheit, Verwirrung und Widersprüchen. Stalins Tod und die dadurch ausgelösten Veränderungen im sowjetischen Machtbereich trafen die Westmächte völlig unerwartet und obgleich Churchill vor zwei Monaten einen grossartigen Versuch machte, die westliche Politik aus ihrer Erstarrung zu lösen und sie dem neuen psychologischen und politischen Klima anzupassen, verlor seine Initiative in der Zwischenzeit ihren belebenden Schwung. Die Begegnung der Aussenminister Frankreichs, Englands und der USA in Washington ist ein kümmerlicher Ersatz für die Bermudakonferenz, die von Churchill als Auftakt für ein Treffen auf höchster Ebene mit den neuen Männern des Krenl gedacht war. Diese Idee stiess von vornherein auf kühle Ablehnung in Washington, wo man zunächst einmal abwarten will, wie sich die Dinge hinter dem Eisernen Vorhang entwickeln. Das offizielle Washington setzt immer noch auf die EWG-Karte, wobei es offen bleibt, ob der Wunsch, dem deutschen Bundeskanzler unter allen Umständen im kommenden Wahlkampf behilflich zu sein, dafür stärker ausschlaggebend ist als das Fehlen einer Alternative.

Die italienischen Erfahrungen sollten den Leitern der USA-Aussenpolitik eigentlich eine bittere Lehre sein. Wenn es etwas

gab, dass die Chancen de Gasperis verminderte, so war es die offene Einmischung des römischen Botschafters in die italionische Innenpolitik. Es ist niemals gut, wenn sich die Politik eines Landes nach den jeweiligen Bedürfnissen eines andoren Landes richtet. Nach einem Bericht der "Neuen Zürcher Zeitung" soll auf Druck der USA, soweit bei der Washingtoner Begegnung die Deutschlandfrage behandelt wird, ihre Behandlung unter dem Gesichtspunkt erfolgen, die Hand Adenauers zu stärken. Das Amt für psychologische Kriegsführung hat in dieser Richtung allerhand Pläne. Es wäre jedoch vorhängnisvoll, wenn etwa eine beabsichtigte unmittelbare Hilfe an die Sowjetzonenbevölkerung (Sendung von überflüssigen Lebensmitteln) in einer Form erfolgen würde, die nur der Beweisführung dienen soll, dass die Sowjetunion nicht bereit zum Verhandeln sei.

Ein weiterer Punkt wäre die Aufstellung von Bedingungen, wie etwa die vorherige sowjetrussische Zustimmung zu Deutschlands Teilnahme an der EVG oder als Mitglied im Atlantikpakt vor jedem Verhandlungsbeginn. Solche Bedingungen stünden im Widerspruch zu dem auch den Bundeskanzler verpflichtenden Beschluss des Bundestages vom 10. Juni, in dem u.a. ausdrücklich die Forderung nach freien Wahlen und die Entscheidungsfreiheit einer aus allgemeinen und freien Wahlen hervorgegangenen gesamtdeutschen Regierung erhoben wird. Nicht mehr und nicht weniger. Jede zusätzliche Belastung mit weiteren Bedingungen verschärft den Verdacht, dass man jetzt und für lange Zeit eine Viererkonferenz nicht will, aber, um den Schein zu wahren und Adenauer vor den Angriffen der deutschen Opposition zu schützen, so tut, als ob man sie wolle. Nicht auf Scheinmanöver und Rücksichtnahme auf die Wahlchancen des Bundeskanzlers kommt es in dieser Stunde jedoch an, sondern auf den überzeugenden Versuch, den Verständigungswillen und die Verhandlungsbereitschaft der Sowjetunion auf die Probe zu stellen.

Das amerikanische Zögern vor einer Viererkonferenz in jetzigem Zeitpunkt lässt sich allerdings nicht ganz aus ihrem Interesse an dem Bestand der heutigen deutschen Bundesregierung erklären. Dieses Interesse kann und wird abnehmen, sofern es sich herausstellen sollte, dass der bisherige Weg des Boharrons auf die Intogration eines Teiles Deutschlands mit Kleineuropa in eine Sackgasse führt oder wenn über das Nichtverhandelnwollen mit der Sowjetunion (ausser in der Erwartung einer Kapitulation Moskaus) die Gemeinschaft des Westens ernstlich in Frage gestellt wird. Ein wesentlicher Grund für die amerikanische Zurückhaltung und des Abstoppens der Churchill'schen Initiative scheint eine gewisse Überbewertung der Vorgänge in den Satellitenländern zu sein. Man sieht in ihnen Zeichen eines mehr oder weniger nahen Zusammenbruches der Sowjetunion. Ein Hitler verfiel einst dem gleichen Irrtum. Die Welt kennt die Folgen. Es wäre nicht gut für Deutschland und Europa, liessen sich auch die USA in ihrer Aussenpolitik von der gleichen Fehleinschätzung leiten...

Keine Volksfront mit den Kommunisten

G.S. Paris, 6. Juli

Der Kongress der Sozialistischen Partei Frankreichs brachte kaum Überraschungen. Auf innerpolitischem Gebiet wurde - trotz einiger taktischer Meinungsverschiedenheiten - jene Politik bestätigt, die darauf abzielt, die Sozialistische Partei in der Opposition zu belassen und jene "demokratische und soziale Front" zu bilden, die inner- und ausserparlamentarisch die Sozialistische Partei, die freien Gewerkschaften, die Genossenschaften und freien Kulturorganisationen auf der Grundlage eines sozialen und wirtschaftlichen Erneuerungsprogramms zusammenfassen soll.

Die Sozialistische Partei hat der gegenwärtigen Rechtsregierung den schärfsten Kampf angesagt und gleichzeitig mit aller Deutlichkeit festgestellt, dass dieser Kampf nicht gemeinsam mit der Kommunistischen Partei geführt werden könne. So wurden mit einem Schlag alle in der Presse lancierten Gerüchte über das Wiederaufleben der von den Kommunisten angestrebten "Volksfront" zunichte gemacht. Diese Tatsache ist von grundlegender Bedeutung. Noch in den Jahren 1945-46 waren innerhalb der Sozialistischen Partei Frankreichs Strömungen bemerkbar, die die Kommunistische Partei als "Bruderpartei" betrachteten; diese Strömungen sind heute verschwunden. Wie in den anderen Sozialistischen Parteien der freien Länder hat die Entwicklung der sowjetischen Politik und die Lage in den Volksdemokratien hier endgültig Klärung geschaffen.

Weniger Einmütigkeit bestand dagegen in den Fragen der Aussenpolitik. Erstaunlicherweise konnten die Anhänger der Ratifizierung der EVG einen knappen Sieg über deren Gegner davontragen. Dies musste umso mehr überraschen, weil angesichts der Ereignisse in Deutschland, in den Volksdemokratien und in der Sowjetunion angenommen werden konnte, dass gerade in Frankreich und bei den französischen Sozialisten ein Umschwung und eine andere Betrachtungsweise des "deutschen Problems" verzeichnet werden würde. Die Anhänger der EVG sind offensichtlich davon überzeugt, dass die neue sowjetische Politik ein "Bluff" sei und dass es darauf ankomme, jene "militärische

Front" zu schaffen, die sie nur in der Form der EVG für möglich halten. Sie knüpfen freilich auch an sie ihre Zustimmung eine Reihe von Voraussetzungen, die die Zustimmung selbst praktisch fast völlig entwerten. Schließlich handelt es sich nicht um einen endgültigen Beschluss der Partei, eine nationale Delegiertenversammlung wird am Vorabend der Ratifizierungsdebatte (wenn es dazu kommt...) zusammentreten, um endgültig Stellung zu nehmen.

Fast die Hälfte der Delegierten sprach sich eindeutig gegen die Ratifizierung des EVG-Vertrages aus. Mit verschiedenen Argumenten übrigens: was die Gruppe Jules Moch-Daniel Mayer anbelangt, so sieht sie im wesentlichen jene "deutsche Gefahr", der man nur durch eine "unbewaffnete Neutralisierung" Deutschlands begegnen könne. Andere Gegner der Ratifizierung verwiesen auf die neue internationale Lage, auf den Aufstand in Ostdeutschland, in dem der Wille nach einem vereinigten Deutschland zum Ausdruck gekommen sei. Einige Redner bezogen sich auf die Haltung der deutschen Sozialdemokratie und erklärten, dass es gelte, die Haltung der französischen Sozialisten der der SPD anzupassen und sich davor zu hüten, Adenauer Vorschub zu leisten.

Der Kongress tagte gerade in dem Augenblick, als die französische Regierung in einer "feierlichen Erklärung" ihren Willen bekundete, mit den drei Regierungen der "assoziierten Staaten" Indochinas - Laos, Viet-Nam und Kambodscha - über deren Unabhängigkeit zu verhandeln. Obwohl der Kongress nicht ausdrücklich zu dieser Erklärung Stellung nahm, so tat er es doch indirekt, indem er einstimmig eine Entschliessung annahm, in der die Bewilligung der Militärkredite durch die Sozialisten von Verhandlungen mit Ho-Chi-Minh abhängig gemacht wird. Das ist eine zwar indirekte, aber sehr klare Antwort auf die Absicht der französischen Regierung, mit Partnern zu verhandeln, die zwar aufrichtig ihre Unabhängigkeit fordern, in Wirklichkeit aber nichts hinter sich haben, um als ernste Verhandlungspartner aufzutreten.

Aus Äusserungen der Kongressdelegierten ging hervor, dass die "Erklärung" der französischen Regierung als ein "Manöver" betrachtet wird, um einer eventuellen Diskussion mit einem wirklichen Verhandlungspartner auszuweichen. Ausserdem sind sich alle darüber klar, dass eine Verhandlung mit dem Viet-Minh - und nicht mit einflusslosen Satelliten Frankreichs - notwendig sein wird, wenn es einmal zu einem Waffenstillstand in Korea gekommen ist.

Helft der Sowjetzone j e t z t !

-o- Die in den letzten Wochen von der sogenannten Regierung der Sowjetzone verkündeten wirtschaftspolitischen Massnahmen im Rahmen des "Neuen Kurses" werden nur dann für die Bevölkerung von Nutzen sein, wenn sie über einige Erleichterungen im augenblicklichen Notstand hinaus tatsächlich zu einer tiefergreifenden Änderung des ganzen Wirtschaftsgefüges führen. Die Erklärungen der führenden Sowjetzonenfunktionäre betreffen im wesentlichen eine Verringerung der Investitionen für die Schwerindustrie, den verstärkten Ausbau der Konsumgüterindustrie unter Einschaltung des noch bestehenden Restes privater Unternehmen und die Unterbindung der rigorosesten Kollektivierungsmassnahmen in der Landwirtschaft.

Noch lässt sich nicht sagen, wieweit es sich dabei um Parolen handelt, die lediglich der Beruhigung der Bevölkerung dienen sollen. Noch weiss man nicht, wieweit die Sowjetunion vorübergehend oder auf längere Zeit zum mindesten auf Teile des sowjetzonalen Rüstungspotentials zugunsten ihrer weiterreichenden Pläne verzichten will. Aber selbst wenn man diese Bereitschaft voraussetzt, wird eine so radikale Änderung des Wirtschaftskurses nicht von heute auf morgen durchführbar sein. Man muss daran denken, dass die ganze bisherige Wirtschaftspolitik getragen war von dem Willen, so schnell und so umfassend wie möglich eine schwerindustrielle Basis zu schaffen, für die an sich die Voraussetzungen in der Sowjetzone - sieht man einmal vor dem Vorhandensein ausreichender Braunkohlenvorräte ab - kaum gegeben sind. Diesem von den Sowjets befohlener Schwerpunktprogramm, dessen Bedeutung für das Rüstungspotential des Ostblocks nicht bestritten werden kann, wurde alles andere untergeordnet. Die sich daraus ergebenden Widersprüche in der industriellen Entwicklung und die von Jahr zu Jahr verstärkten Bemühungen, den bäuerlichen Besitz zu zerschlagen, haben schliesslich zum völligen Zusammenbruch der Wirtschaft und Versorgung der Sowjetzone geführt. Denn trotz aller Ausbeutungsmassnahmen, trotz aller Antreibereien und Schikanen wurden die gesteckten Ziele, da für die Verhältnisse der Sowjetzone viel zu hoch gegriffen, nie erreicht.

Noch im ersten Quartal 1953 mussten die Behörden der Sowjetzone erklären, dass der Quartalsplan für Elektroenergie, Steinkohle, Braunkohle, Briketts, Eisenerz, Roheisen, Kupfer, Blei, Turbinen, Drehbänke, hydraulische Pressen, landwirtschaftliche Maschinen, Lastkraftwagen, Schwefelsäure, Soda, Phosphordünger, Garne, Gewebe aus Wolle und Baumwolle, Papier, Pflanzenöl, Margarine, Butter und Fische nicht erfüllt wurde. Für diese Gebiete kann man schon seit Jahren die Nichterfüllung des Planes feststellen. Ähnliche Mängel zeigten sich bei den Anbauplänen in der Landwirtschaft. Die Differenz der tatsächlichen Produktionshöhe zur geplanten nahm von Jahr zu Jahr zu; ein Vorgang, der den Sowjets gegenüber mit allen möglichen Tricks verschleiert wurde und dessen Ergebnis schliesslich in der immer katastrophaler werdenden Versorgungslage der Bevölkerung seinen Ausdruck fand.

Wenn heute die augenblicklich in der Sowjetzone Verantwortlichen versuchen, das Rad dieser Entwicklung zurückzudrehen, so werden sie dabei auf ausserordentliche Schwierigkeiten stossen, denn jeder einzelne wirtschaftliche Vorgang, jede Ausweitung oder Komprimierung war im Rahmen des Rüstungsplanes festgelegt. Die dafür entwickelten Kapazitäten können nur allmählich - immer vorausgesetzt, dass das darauf gerichtete Bestreben ehrlich ist - auf die Zivilversorgung umgestellt werden. Der Ausbau der schwer vernachlässigten Leichtindustrie, das neue Wohnungsbauprogramm und die Förderung der Landwirtschaft, erfordern neue Investitionen, ohne dass man die Mittel, die man bisher in die Schwerindustrie steckte, nun in grösserem Umfange umdisponieren könnte. Es werden also zusätzliche Investitionsmittel erforderlich, der Sowjetzonenhaushalt wird sie in entscheidendem Umfange kaum kurzfristig abzugeben vermögen.

Daraus kann vor allem für Westdeutschland nur der Schluss gezogen werden, dass man mehr noch als bisher der Bevölkerung der Sowjetzone helfen muss, über die nächsten Monate hinwegzukommen und die angespannte Wirtschaftslage zu überwinden. Darüber hinaus aber bleibt es vordringliche Aufgabe der Bundesregierung, alle nur möglichen Wege zu beschreiten, um die Bevölkerung jenseits der Elbe zu unterstützen, denn auch der geplante "Neue Kurs" wird in der nächsten Zeit noch keine durchgreifenden Erleichterungen bringen und - wenn überhaupt - erst sehr viel später wirksam werden.

25 Millionen für Kultur im Zonengrenzraum ?Der Pferdefuss der Bundes-Grenzlandhilfe - Geld für Tarnorganisationen
H.U., Braunlage/Harz

Der Bundestag hat soeben ein Zonengrenzland-Hilfsprogramm verabschiedet. Es kann nur dem "eiligen Leser" und dito Betrachter der Zeit und der Politik der Koalitionsregierung behagen. Denn es bringt im Grunde nichts Neues.

Schon im März-Heft der Zeitschrift "Die Selbstverwaltung" hatte Bundeskanzler Dr. Adenauer mit gewichtigen Argumenten die Notwendigkeit einer Erhöhung der Mittel für das auf zehn Jahre berechnete, ohnehin erst 1952 angelaufene "Sanierungsprogramm" von 25 Millionen M, die 1952 ausgeschüttet worden waren, auf 40 Millionen M für 1953 angekündigt.

Was aber ist geschehen? Die 40 Millionen M sind aufgeteilt worden. Alle Betriebe in Zonengrenznahe, die mit der ersten Sanierungsrate 1952 einen Ausbau ihrer Betriebe und ihrer Betriebseinrichtungen begonnen hatten, um weisungsgemäss neue Dauerarbeitsplätze zu schaffen, werden ihre Projekte an den Nagel hängen oder der Bundesregierung zum herzlichen Andenken zurückschicken können. Für solche Dinge wie Schaffung von Dauerarbeitsplätzen ist nach dem jetzigen Wortlaut der Hilfsankündigungen nicht mehr die Rede. Zehn Millionen M sollen für Rohstoffbeschaffung, fünf Millionen M für Frachtverbilligungen bereitgestellt werden. Es erübrigt sich jede Diskussion darüber, dass das für den Raum von Lübeck / bis Hof nicht einmal Tröpfchen auf den glühenden Eisernen Vorhang sind. Eindeutig politisches "Theater"

Was aber geschieht mit den restlichen 25 Millionen M? Dafür hat man im Jahr der Bundestagswahlen eine besondere Verwendung: "für kulturelle Hilfsmassnahmen." Gewiss sehr sinnig und lobenswert, wenn es sich um finanzielle Zuschüsse für repräsentative Grenzlandbühnen wie die Lübecker Theater oder das Staatstheater Braunschweig, für wertvolle Wanderbühnen wie die Niedersachsenbühne oder das Schauspielstudio der Kreiskulturgemeinschaft Wolfenbüttel handelt, das seine Tourneen bis in den Lüneburger Raum, ins Weserbergland und nach Nordhessen erstreckt.

Aber es liegen begründete Verdachtsmomente vor, dass die von Bonn gesteuerten "kulturellen Hilfsmassnahmen" einen wesentlich verschiedenen Charakter tragen, wenngleich nicht geleugnet werden soll, dass der Bevölkerung auch Theater vorgemacht wird. Allerdings eindeutig politisches und nicht einmal gutes Theater. Da besitzt die Regierung unter der Federführung des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen und mit

keineswegs sparsamer Unterstützung aus der angeblich so schwindsüchtiger Bundeskasse Einfluss auf eine Reihe von Tarnorganisationen, die unter erheblichem Aufwand längs der Zonengrenze Veranstaltungen aller Art abhalten. Da gibt es Kundgebungen des "Kampfbundes gegen Unmenschlichkeit", in denen den Hörern Selbstverständlichkeiten und überall bekannte Dinge über die Sowjetzone und die dortigen Machthaber erzählt werden. Da werden von einem "Europa-Bildungswerk" Veranstaltungen mit belgischen, holländischen und schweizerischen Professoren aufgezogen, deren Kosten in keinem Verhältnis zum praktischen Nutzen stehen. Da werden schliesslich von einer selbstverständlich in Bonn beheimateten Bundesstelle " 'Freiheit' - Aktion der Jugend" Rednertagungen abgehalten, die sich über vier Tage erstrecken und nach eigenem Geständnis bezwecken, in der Bundesrepublik "aufklärend über die politischen Verhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone zu wirken" und die "für den Rednereinsatz benannten Damen und Herren auf ihre Eignung im niedersächsischen Raum zu überprüfen".

Dies alles sieht sehr naiv aus, ist aber im Grunde recht raffiniert. Im niedersächsischen Raum, insbesondere im Zonengrenzraum, braucht niemand aufklärend über die Verhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone zu wirken, noch dazu, wenn er aus dem Westen kommt. Das wird nur als anmassend empfunden. Im Gegenteil: hier könnte jedes Schulkind die Redner und Rednerinnen aufklären. Aber alle diese Aktivitäten verfolgen ja auch einen ganz anderen Zweck: Sie sind Hilfsmassnahmen für den Wahlkampf der Regierungskoalition, und das lässt man sich schon etwas kosten. Natürlich hängt man der Sache ein Tarnmäntelchen um: "Kulturelle Hilfsmassnahmen".

Es ist an der Zeit, einmal den Vorhang von diesen kulturellen Hilfsmassnahmen schnell und gründlich zu lüften; man kann es tun, zumal es noch kein Eiserner Vorhang ist. Dafür gäbe es dort ein Theater zu sehen, dessen Regisseur vielleicht manchem alten Theaterhasen noch etwas vormachen kann.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau